

Nahost-Kirchenführer wollen stärker zusammenarbeiten

Sonder-Bischofssynode im Vatikan – Streit über Verhältnis zu Juden und Moslems – Sorge über Exodus von Christen

185 Führungspersönlichkeiten von katholischen Kirchen aus dem Nahen und Mittleren Osten haben vom 10. bis 24. Oktober 2010 im Vatikan über die Lage der Christen in ihrer Region beraten. Auf Einladung von Papst Benedikt XVI., der für die Sonder-Bischofssynode das aus der Apostelgeschichte stammende Motto „Und sie waren ein Herz und eine Seele“ (Apg 4,32) vorgegeben hatte, versuchten sie sich auf eine engere Zusammenarbeit zu einigen, um den dauernden Aderlaß von Christen aus den Ursprungsländern ihres Glaubens zu stoppen und der katholischen Minderheit mehr Rechte und Gewicht in islamisch bzw. jüdisch dominierten Gesellschaften zu geben. Erstmals stellten Araber das stärkste Teilnehmerkontingent auf einem solchen Bischofsgipfel im Vatikan, und erstmals war Arabisch unter den offiziellen Synodensprachen. 140 Synodenväter – also die absolute Mehrheit – vertraten eine der sechs katholischen Kirchen eigenen Rechts im Orient (Kopten, Syrer, Melkiten, Maroniten, Chaldäer und Armenier), die allesamt auf eine lange Geschichte mit ausgeprägten Traditionen zurückschauen können; der Rest gehörte zum (westlichen, aber auch in Nahost präsenten) lateinischen Ritus der katholischen Kirche.

Offiziell wurden die Probleme der Katholiken in sechzehn Staaten besprochen: von Zypern, der Türkei, Israel und Ägypten bis hin zu Saudi-Arabien und dem Golf. Hinzu kamen Jerusalem – für das der Heilige Stuhl einen internationalen Status fordert – und die Palästinensergebiete. In dieser riesigen Region stellen die Katholiken insgesamt nur 1,6 Prozent der Bevölkerung; rechnet man alle Christen zusammen, liegt ihr Anteil in der Region bei 5,62 Prozent. Fast die Hälfte aller Katholiken in der Region sind Gastarbeiter (darunter viele Frauen) in den arabischen Golfstaaten, um die sich nur zwei „Bischofsvikare“ kümmern; einer der beiden, der aus der Schweiz stammende Bischof Paul Hinder, beklagte, dass die Lage am Golf in den Beratungen der Synode kaum eine Rolle spielte, sondern dass fast nur über die Schwierigkeiten der einheimischen Katholiken in Nahost gesprochen wurde.

Größtes Problem der verschiedenen katholischen Riten, Grüppchen und Traditionen ist ihr Mangel an Zusammenarbeit untereinander; das zeigte sich auch bei der Synode im Vatikan an der Vielstimmig- und Gegensätzlichkeit der vorgebrachten Meinungen. Zu kaum einem Thema schälte sich in den Debatten, trotz aller Einheitsbeteuerungen, wirklich eine einheitliche Ansicht heraus; deutlich wurde immerhin der einhellige Ruf der katholischen Ostkirchen nach mehr Respekt durch den Vatikan und die lateinischen Christen. Anders als üblich bei vatikanischen Bischofssynoden waren die internen Diskussionen, von denen Journalisten ausgeschlossen waren, ausgesprochen lebhaft; der melkitische Patriarch Gregorios III. Laham aus Damaskus nannte das „eine orientalisches-heitere, aber sehr offene Atmosphäre“. Besonders scharf äußerten sich einige der 23 auf der Synode vertretenen Bischöfe, die emigrierte nahöstliche Katholiken in Ländern des Westens betreuen.

Auch die Spitzenvertreter der römischen Kurie sowie etwa zwanzig Bischöfe aus Nord- und Ostafrika sowie aus westlichen Ländern, in denen es große christliche Einwanderergruppen aus dem Nahen und Mittleren Osten gibt, nahmen mit Stimmrecht an der Synode teil; hinzu kamen siebzig „Experten und Zuhörer“ (darunter zahlreiche

Vertreter von Ordensgemeinschaften oder neuen geistlichen Bewegungen), die zwar das Wort ergreifen konnten, aber nicht mit abstimmen durften. Als „brüderliche Delegierte“ hatte der Vatikan vierzehn Vertreter anderer christlicher Kirchen und Gemeinschaften zur Synode eingeladen – auch diese ohne Stimmrecht. Papst Benedikt nahm an fast allen der vierzehn Vollversammlungen teil, ergriff aber nur selten das Wort.

Bischofssynoden, die kurz nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil 1965 eingeführt wurden und ca. alle zwei Jahre stattfinden, haben zwar „nur“ beratenden Charakter; an ihren Voten kommt aber auch ein Papst nicht so einfach vorbei. Bei den (geheimen) Schlußabstimmungen zeigte sich, dass es eine (minoritäre, aber konsistente) Minderheit gibt, die sich dem Mehrheitswunsch von mehr Macht und Jurisdiktion für die ostkirchlichen Patriarchen widersetzt. Inwieweit sich die nahöstlichen Kirchenführer innerkirchlich durchsetzen können, wird sich erst in etwa einem Jahr zeigen, wenn der Papst das ausführliche Schlußdokument („Postsynodale Exhortation“) vorlegt; bis dahin ist ein Erfolg oder Misserfolg der Synode fast nur daran zu messen, inwiefern die Katholiken der verschiedenen Riten von jetzt an wirklich in ihrer Region kooperieren.

Starke Meinungsverschiedenheiten zu Israel

Die stärkste Kontroverse der Synode entzündete sich, wie viele vorausgesehen hatten, am Verhältnis zu Israel. Zwar betonte die Synodenleitung mehrfach das Nein der Kirche zu Antisemitismus und Antijudaismus; Schwierigkeiten mit Israel seien „politischer und nicht religiöser Natur“. Doch zugleich bekräftigten die Synodenväter unmißverständlich ihre Solidarität mit den Palästinensern, forderten einen Abriss der Sperrmauer, ein Ende der israelischen Besatzung des Westjordanlands und der Gaza-Blockade und riefen – wie es die Päpste seit über fünfzig Jahren tun – nach einem eigenen palästinensischen Staat; die Zeit dafür laufe allmählich ab, warnte ein US-Kurienkardinal. Ein erster Entwurf der Schlußbotschaft fiel ausgesprochen pro-palästinensisch aus und fand nur einige dürre Worte über das Verhältnis der Kirche zum Judentum; dagegen gab es in einer internen Diskussion deutlichen Einspruch von europäischen Delegierten, und der Text wurde in dieser Hinsicht noch einmal stark überarbeitet. Sogar ein Hinweis auf „das Leid und die Unsicherheit, in der die Israelis leben“, wurde noch in die Endfassung eingefügt.

Die israelische Botschaft beim Heiligen Stuhl hatte kurz vor Synodenbeginn in einer Art Vorwärtsverteidigung Zahlen verbreitet, nach denen die Zahl der Christen in Israel – anders als in allen anderen Ländern der Region – nicht sinkt, sondern sogar ansteigt, und zwar proportional zum Anwachsen der jüdischen Bevölkerung Israels. Grund dafür sei die Einwanderung nichtarabischer Christen aus Russland seit den 90er Jahren. In Rom beklagten Kirchenführer dann aber gerade die massive Auswanderung der einheimischen, arabischen Katholiken – aus Israel wie überhaupt aus der Region. Teilweise scharfe Äußerungen einzelner Synodenteilnehmer gegen Israel, aber auch ein mißverständlicher Satz im Schlußdokument, der sich gegen theologische Begründungen für israelischen Siedlungsbau im Westjordanland zu richten scheint, stießen prompt auf Protest von jüdischer Seite, etwa von Israels Vize-Außenminister Danny Ayalon: Dieser befand, eine „anti-israelische Mehrheit“ habe die Synode „zur Geisel genommen“.

Auf Einladung von Papst Benedikt konnte der israelische Rabbiner David Rosen vor den Synodenvätern das Wort ergreifen. Der Berater der israelischen Oberrabbiner lobte die rasanten Fortschritte, die die Kirche seit dem Konzil in ihrer Haltung zum Judentum gemacht habe; er bemängelte allerdings, „dass der katholische Klerus und manchmal sogar die Hierarchie in bestimmten Ländern nicht nur nichts vom heutigen Judentum wissen, sondern auch nicht vom Konzilsdokument *Nostra Aetate*, von den Dokumenten des

Vatikans und von der Haltung des Lehramtes zu den Juden und dem Judentum.“ Gleichzeitig gebe es allerdings auch viel Ignoranz bei Juden, was das Christentum betreffe. Immerhin sei diese Ignoranz in den letzten zehn Jahren deutlich zurückgegangen, u.a. wegen der Reise von Papst Johannes Paul II. nach Israel im Jahr 2000. Rosen äußerte Verständnis dafür, dass palästinensische Katholiken „ihre Frustration zum Ausdruck bringen“, solange sie dies gewaltfrei tun. Vielen Christen im Nahen Osten sei es offenbar „peinlich, dass die Kirche ihre jüdischen Wurzeln wiederentdeckt“. Das Leiden der Palästinenser „sollte alle Juden, ob in Israel oder in der Diaspora, tief verstören“ – selbst wenn dieses Leid von einigen „ausgenutzt“ werde, „um verschiedene Spannungen noch zu verschärfen“, und auch wenn Israel kontinuierlich „mit der Auslöschung bedroht“ werde.

Als Minderheit hätten die Christen „sowohl in jüdischem als auch in islamischem Umfeld eine spezielle Rolle für unsere Gesellschaften an sich“, meinte der Rabbiner wörtlich: „Das Wohlergehen der christlichen Gemeinschaften im Nahen Osten ist nichts anderes als eine Art Barometer des moralischen Zustandes unserer Länder.“ In ihrer Haltung zum Islam seien Juden und Christen in Nahost übrigens in durchaus vergleichbarer Lage: „Die kritische Frage für die Zukunft unserer beiden Gemeinschaften ist die, ob unsere muslimischen Brüder wirklich die Anwesenheit von Christen und Juden als völligen, integralen und legitimen Bestandteil der Region akzeptieren können. Wirklich, diese Frage anzugehen, ist eine Lebensnotwendigkeit, von der unsere Zukunft abhängt!“

Debatte über das Verhältnis zum Islam

Ähnlich kontrovers wie über Israel und das Judentum diskutierte die römische Sondersynode auch über das Verhältnis der katholischen Christen zum Islam. Auf der einen Seite wurde eine relative Nähe beschworen: Schließlich habe man, hieß es in den Debatten immer wieder, im Nahen und Mittleren Osten doch eine mehr als tausendjährige Erfahrung im täglichen Zusammenleben mit Moslems, dem so genannten „Dialog des Lebens“, und könne in dieser Hinsicht auch den Westen, der erst jetzt über sein Verhältnis zum Islam nachdenke, einiges lehren. Natürlich gebe es einen erstarkenden politischen Islam, der den Christen in den mehrheitlich islamischen Ländern immer mehr die Luft abschnüre; doch müsse die Kirche auch stärker auf die breite Masse der Moslems zugehen, die moderat eingestellt sei.

Der libanesischer Bischof Raboula Antoine Beylouni griff in Rom zu Formulierungen, die an die umstrittene Regensburger Rede von Papst Benedikt im September 2005 erinnerten: Der Koran gebe Moslems „das Recht, Christen zu verurteilen und im Dschihad zu töten“; er ordne an, „die Religion mit dem Schwert durchzusetzen“. Darum sei es kein Wunder, dass es in mehrheitlich islamischen Staaten keine Religionsfreiheit und – damit verbunden – auch keine wirklichen Menschenrechte gebe. Viele Synodenväter riefen, wenn auch in mildereren Worten, dazu auf, die Christen müßten endlich Schluß machen mit ihrer „Leisetreterei“ und in mehrheitlich islamischen Gesellschaften eindringlich auf eine in der Verfassung verankerte Kult- und Gewissensfreiheit dringen, wie es sie immerhin im Libanon gebe. Zu dieser Gewissensfreiheit müsse auch das Recht gehören, vom islamischen zum christlichen Glauben überzutreten, ohne dass das Schikanen für den Konvertiten oder seine Familie nach sich ziehe. Nicht „positive Laizität“ – ein aus Sicht vieler Debattenredner antichristlich vorbelasteter Terminus, der auch den muslimischen Brüdern nicht gefalle – sei das Ziel der Katholiken in ihren Gesellschaften, sondern „Staatsbürgerschaft“ (citoyenneté).

Mit Verve traten viele Bischöfe außerdem für das Recht der Kirche ein, auch in mehrheitlich islamischen Staaten den Glauben zu verkünden – zwar „ohne Provokation“,

aber doch deutlich „von den Dächern“, wie ein Nuntius formulierte. Der koptisch-katholische Patriarch Antonios Naguib aus Ägypten, der als „Relator“ gewissermaßen Sprecher der Synodenväter war und den Papst Benedikt noch während des Nahost-Gipfels zum Kardinal nominierte, berichtete in der vatikanischen Synodenaula, er habe bei „Wikipedia“ nachgelesen und festgestellt, dass Proselytismus etwas ganz anderes sei als Verkündigung: Proselytismus lehne die Kirche ab, Verkündigung hingegen sei sogar ihr Auftrag. In einer Strichliste von gut vierzig konkreten Vorschlägen („propositiones“), die die Synodenväter zum Schluß ihrer Beratungen dem Papst übergaben, sprechen die Synodenväter von dem Plan, ein missionarisches Institut im Nahen Osten zu gründen.

Der aus Italien stammende Bischof im türkischen Izmir, Ruggero Franceschini, löste Betroffenheit aus, als er erklärte, sein Amtsbruder und Landsmann Luigi Padovese – Vorsitzender der türkischen Bischofskonferenz – sei am 3. Juni einem wohlvorbereiteten Mordkomplott von „Ultranationalisten und religiösen Fanatikern“ zum Opfer gefallen: „Hinter diesem Mord steckten dieselben dunklen Kräfte, die der arme Luigi wenige Monate zuvor schon als Verantwortliche für den Mord an Pfarrer Andrea Santoro, am armenischen Journalisten Hrant Dink und an vier Protestanten in Malatya benannt hatte“. Viele Oberhirten aus arabischen Ländern sprachen von einer „anhaltenden und durchdachten Kampagne, um die Christen aus dem Nahen Osten zu vertreiben“; der arabisch-christliche Erzbischof Elias Charcour aus Israel griff sogar zum Begriff der „ethnischen Säuberung“. Ursache dafür sei letztlich eine schwere Krise des islamischen Nahen Ostens, wie der libanesische Erzbischof Edmond Farhat analysierte: „Er findet keine Verbündeten – weder menschlich noch politisch und erst recht nicht auf wissenschaftlichem Gebiet. Er ist frustriert und lehnt sich auf. Die Folgen sind Revolution und Radikalisierung... Vom Irak bis zur Türkei, von Pakistan bis nach Indien multiplizieren sich die Opfer.“ Immer wieder baten Synodenväter den Papst bzw. die internationale Gemeinschaft, sich in islamischen Ländern auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs für mehr in der Verfassung verankerte Minderheitenrechte einzusetzen. Beim Dialog des Vatikans oder hoher weltkirchlicher Instanzen mit dem Islam (und übrigens auch mit dem Judentum) müssten Christen aus dem Nahen und Mittleren Osten mit am Tisch sitzen, damit die Gesprächspartner nicht bei wohlfeilen Formeln steckenblieben.

Benedikt XVI. hatte nicht nur einen Rabbiner, sondern auch islamische Vertreter zu Vorträgen auf der Bischofssynode eingeladen. Dabei erntete der Sunnit Mohammed el-Sammak, der den Grossmufti des Libanon berät, klaren Beifall. „Wir sind alle Orientalen: Wir leiden gemeinsam“, war seine Botschaft. „Wir erleben gemeinsam unseren sozialen und politischen Rückstand, unseren wirtschaftlichen und Entwicklungs-Niedergang, unsere religiösen und konfessionellen Spannungen.“ Dass Christen in der Region vermehrt zur Zielscheibe würden, bedrohe „das Gewebe unserer nationalen Gesellschaften“ und letztlich auch den Islam selbst, und dass man sie „in einigen Ländern“ nicht als vollwertige Staatsbürger anerkenne, „schadet uns beiden, Christen und Moslems“. Die Christen dürften angesichts ihrer schwierigen Lage nicht in die Emigration flüchten oder aber sich auf sich selbst zurückziehen; schließlich sei ihre Präsenz im Nahen Osten „eine Notwendigkeit für Christen wie für Moslems – eine Notwendigkeit nicht nur für den Nahen Osten, sondern für die ganze Welt“. Er könne seinen Islam durchaus mit anderen Moslems leben, so el-Sammak: „Aber als nahöstlicher Araber kann ich mein Arabisch-Sein nicht leben ohne die arabischen Christen des Nahen Ostens“. „Darum sage ich noch einmal von hier aus, vom Rednerpult des Vatikans, was ich auch schon in Mekka öffentlich gesagt habe: Ich bin besorgt über die Zukunft der Moslems im Nahen Osten – und zwar wegen der Emigration von Christen aus dem Orient. Die christliche Präsenz zu bewahren, ist eine gemeinsame islamische Pflicht – genauso wie eine gemeinsame Christenpflicht.“

Der schiitische Referent hingegen, Seyed Mustafa Mohaghegh Ahmadabadi von der Akademie der Wissenschaften in Teheran, riß sein Auditorium nicht zu Beifallsstürmen hin. Er sprach in seinem Vortrag den Christen kaum verhüllt das Recht ab, Moslems zu einer Anwendung der historisch-kritischen Methode auf den Koran zu drängen: Natürlich müsse jede Religion „ihre eigene, aktuelle Exegese haben“, doch keiner dürfe einfach „an der Stelle anderer eine Interpretation abliefern“. Auf Verblüffung stieß seine Bemerkung, Christen im Iran hätten „alle legalen Rechte wie andere Staatsbürger auch“ und genössen „volle Religionsfreiheit“.

Sorge über die Emigration von Christen

Vor allem Würdenträger aus dem Irak brachten in Rom immer wieder das Thema der Emigration von Christen aus ihrem Land auf. Dabei berichteten sie durchweg von einer dramatischen Lage, ja vom Ende des Christentums an Euphrat und Tigris nach einer fast zweitausendjährigen Präsenz. Es gebe kaum Möglichkeiten, sich dieser Entwicklung entgegenzustemmen, zumal die Christen im Irak vielen Moslems dort als natürliche Verbündete der ausländischen Besatzungstruppen erschienen und Extremisten in vielen Landesteilen systematisch Jagd auf sie machten. Ein Oberhirte schlug vor, die Bischöfe des Irak sollten doch versuchen, zumindest die christlichen Politiker mal an einen Tisch zu bekommen und auf eine gemeinsame Linie einzuschwören. Allerdings machte der chaldäische Weihbischof von Bagdad, Jacques Ishaq, als einziger auch Hoffnungszeichen für die Katholiken im Irak aus: Er berichtete den Synodenvätern über das von ihm geleitete „Babel College“, eine theologisch-philosophische Fakultät, die von Seminaristen aller Kirchen im Irak besucht werde, „auch von den orthodoxen“. Seit 1991 hätten fast vierhundert Studenten dort ihr Diplom in Theologie oder Philosophie gemacht; dazu kämen fast 350, die eine dreijährige Ausbildung in Religionswissenschaften durchlaufen hätten. „Die Schwierigkeiten und Massaker“ hätten also die Kirche im Irak keineswegs zerstört, so der Weihbischof: „Stellen Sie sich vor, dass wir allein dieses Jahr zwölf Priesterweihen von Absolventen des Babel College haben! Ich würde sogar sagen, dass die Schwierigkeiten und Massaker ein Stimulus für Berufungen sind, denn die Zahl der chaldäischen Priesteramtskandidaten ist dieses Jahr gestiegen.“

Obwohl zahlreiche Synodenteilnehmer immer wieder große Sorge über die Emigration von Christen aus dem Nahen und Mittleren Osten äußerten, konnte sich das Gipfeltreffen doch zur Überraschung vieler Beobachter nicht zu einer klaren Aufforderung an die Ausgewanderten durchringen, doch in ihre Heimat zurückzukehren. Deutlicher als erwartet nahm die Synode stattdessen die Realität großer nahöstlicher Auslandsgemeinden vor allem in westlichen Ländern zur Kenntnis und forderte für sie mehr Aufmerksamkeit und pastorale Anstrengungen. Sehr divergent waren die Einschätzungen von Synodenteilnehmern, was die Gründe der christlichen Auswanderung betrifft. „Sie gehen jedenfalls nicht, weil sie ein christlicheres Leben führen wollen!“, urteilte ein Erzbischof; wenn die Christen die Region in Richtung Westen verließen, weil sie einem oft schwierigen Zusammenleben mit anderen Religionen oder Konfessionen ausweichen wollten, dann täuschten sie sich jedenfalls, meinte ein anderer, weil ja längst auch der Westen multikulturell und multireligiös sei. Doch aus rein wirtschaftlichen Gründen emigrierten die Christen auch nicht, wandte ein anderer Redner ein, „sonst wäre die Region ja schon völlig entvölkert“ – und überhaupt, so betonten andere und schafften es damit bis in die Schlußbotschaft der Synode an die Welt, sei Emigration ja auch ein Menschenrecht, das man niemandem absprechen könne, und nicht etwa eine Sünde. Zumal die Emigranten ja in der Regel von außen viel für die Kirche in ihrer Heimat leisteten, auch finanziell.

„Bei den Gründen für die Emigration wird viel zu wenig erwähnt, dass der Glaube unserer Leute schwach ist“, meinte ein Oberhirte bei einer internen Debatte. „Wir haben eine veraltete Katechese und bräuchten dringend einen orientalischen Katechismus.“ Überhaupt, so ein weiterer Bischof, seien die Katholiken im Nahen und Mittleren Osten viel zu sehr von engstirnigem Clan- und Gruppendenken bestimmt; das gelte es aufzubrechen. „Natürlich hat der christliche Nahe Osten einen starken Glauben – aber dieser ist erblich, sozial, konfessionell“, formulierte ein Bischof aus Nazareth.

Viele Redner wiesen darauf hin, dass Emigration aus dem Nahen Osten schon ein sehr altes Phänomen sei und keineswegs nur die Christen, sondern auch Moslems betreffe. Zu den Gründen gehöre ein ganzes Bündel von politischen Konflikten, etwa der Nahostkonflikt und die Unsicherheit im Irak. Der melkitische Patriarch Gregorios III. Laham von Damaskus warnte: „Wenn sich der Orient von Christen leeren sollte, dann würde nichts mehr einen neuen Zusammenprall der Kulturen aufhalten, der Zivilisationen und sogar der Religionen. Es wäre ein zerstörerischer Zusammenprall zwischen einem islamischen arabischen Orient und einem christlichen Westen.“ Der Westen solle mithelfen, die Emigration langfristig durch Entwicklungshilfe zu bremsen, forderten viele Teilnehmer der Synode. Die katholischen Ostkirchen bräuchten aber auch eine Ausweitung ihrer Jurisdiktion, um sich auch um die Einwanderer aus dem Nahen Osten in Gesellschaften des Westens zu kümmern: Die nahöstlichen Patriarchen sollten künftig nicht nur zuständig sein für Gläubige ihrer Kirche außerhalb ihres so genannten kanonischen Territoriums, forderte der künftige Kardinal Naguib, sondern sollten auch – wie Kardinäle – zur Papstwahl berechtigt sein. Als er diese Forderung in Anwesenheit von Papst Benedikt vortrug, ging ein hörbares Raunen durch den Tagungssaal. In der Schlußbotschaft drängen die Synodenväter die emigrierten Christen dazu, zumindest kein Land in ihrer alten Heimat zu verkaufen, um nicht noch das letzte Band, das sie mit ihrer Ursprungsregion verbindet, zu kappen.

„Die Gefahr, die die Christen des Nahen Ostens bedroht, kommt nicht nur von ihrer Minderheitensituation oder durch Bedrohungen von außen, sondern vor allem von ihrer inneren Entfernung von ihrem Glauben und ihrer Mission“, meinte Patriarch Naguib in einer Rede, mit der er die Debatten der ersten Woche zusammenfasste. Die „Zweideutigkeit in der Lebensweise“ sei für das Christentum „gefährlicher als jede andere Bedrohung“: „Das wahre Drama des Menschen ist nicht, wenn er für seine Mission leidet, sondern wenn ihm seine Mission ganz abhanden kommt.“ Umso wichtiger sei es – das betonten zahlreiche Synodenväter –, dass die Katholiken im Schul- und Gesundheitswesen weiter starkes Engagement zeigten. Man könne eben seine islamischen oder auch jüdischen Brüder und Schwestern „nicht nur verbal“ von den Vorzügen einer christlichen Minderheit im Land überzeugen, argumentierte ein Bischof – aber jeder, der durch Nahost reise und etwa katholische Schulen besuche, die für Kinder aller Religionen offen seien, erfahre doch sehr schnell, „dass die Katholiken in der Region einen Unterschied machen“.

Bemühen um mehr Einheit – untereinander und mit anderen Christen

Ob die Synode zu einem Erfolg wird oder ergebnislos verpufft, das hängt nach Ansicht vieler Beobachter vor allem davon ab, ob den Katholiken der verschiedenen Riten künftig eine engere Zusammenarbeit untereinander und mit den anderen christlichen Konfessionen gelingt. Sie können es sich – so formulierte der ägyptische, im Libanon lehrende Jesuit und Islamkenner Samir Khalil Samir – nicht länger leisten, konfessionell getrennte Wege zu gehen oder sich von Zeit zu Zeit mal auf der Ebene von Bischöfen und Patriarchen freundschaftlich zu treffen; stattdessen müssten sie gemeinsam mit Muslimen Bildungsprogramme für die breite Masse umsetzen. Das gelte auch für das

Gesundheitswesen. Katholiken sollten untereinander kooperieren bei der Priesterausbildung, im Religionsunterricht und beim Erstellen von christlicher arabischer Literatur, die ihren Glauben leicht verständlich auch für Muslime darstelle. Ansonsten sei – und diesem Befund stimmte auch der in Salzburg lehrende Kirchenhistoriker Dietmar Winkler zu, der wie Pater Samir als Experte an der Synode teilnahm – das Christentum in fünfzig Jahren im Orient voraussichtlich so gut wie verschwunden. Vielleicht komme die Synode „jetzt schon zu spät“, meinte ein Bischof in seinem Redebeitrag.

Wie die Katholiken und Christen zu stärkerer Zusammenarbeit finden können, dafür erarbeitete das römische Gipfeltreffen zahlreiche konkrete Ideen: Reiche Bistümer sollten ärmeren helfen, ein einheitliches Priesterseminar in einer Region solle in der Regel reichen, Bistümer sollten lokale Kommissionen für den ökumenischen Dialog gründen, Medienleute könnten doch von den christlichen Kirchen gemeinsam ausgebildet werden, und Pastoralräte dürften auch aus Mitgliedern verschiedener Riten zusammengesetzt sein. Patriarch Antonios Naguib schlug in Sachen Ökumene eine „Gewissenserforschung“ vor über alles, was man zu tun versäumt habe, sowie eine „Reinigung des Gedächtnisses“. Die Katholiken in Nahost sollten sich das bereits Erreichte im Zusammenleben mit anderen Kirchen besser aneignen.

Immer wieder angesprochen und auch in die Strichliste konkreter Vorschläge aufgenommen wurde die Forderung nach einem einheitlichen Termin aller Christen für das Weihnachts- und für das Osterfest. Arabische Gebetstexte müßten vereinheitlicht werden, und die christlichen Kirchen des Nahen Ostens könnten doch auch ein Abkommen gegen Proselytismus untereinander ausarbeiten. Mehrfach wurde auf der Synode auch der Ruf laut, das Papstamt neu zu überdenken und ihm eine ökumenisch akzeptable Form zu geben – ein Vorschlag, den schon Papst Johannes Paul II. in einer Ökumene-Enzyklika in den achtziger Jahren zur Debatte gestellt hatte. Papst Benedikt wurde gebeten, „eine pluridisziplinäre Kommission mit dem Studium dieses delikaten Themas zu beauftragen“, um eine Form der Ausübung des päpstlichen Primats zu finden, wie es sie auch im ersten Jahrtausend vor der ersten großen Kirchenspaltung gegeben habe, wie sie also auch für orthodoxe Christen akzeptabel sein könnte. Der Präfekt der vatikanischen Glaubenskongregation, Kardinal William Joseph Levada, versprach, dieses Thema weiterzuverfolgen. Der neue Vatikan-Verantwortliche für die Beziehungen zu anderen Christen, der ernannte Kardinal Kurt Koch aus der Schweiz, gab allerdings zu bedenken, Ökumene brauche Zeit: „Wir müssen gerade den Orthodoxen Zeit lassen, um sich mit dieser Idee des Primates anzufreunden.“

Der evangelisch-lutherische Bischof von Jerusalem, Munib Younan, drängte seine katholischen Amtsbrüder in einem Grußwort zu mehr Einsatz für die Ökumene. Vor allem der Nahöstliche Kirchenrat müsse vor einem Scheitern bewahrt werden, so Younan. Die Forderung, den einzigen ökumenischen Dachverband der Region vor dem Kollaps zu bewahren, machten sich die Synodenväter in ihrer Schlußbotschaft ausdrücklich zu eigen.

„Fürchte dich nicht, du kleine Herde!“

„Fürchte dich nicht, du kleine Herde!“ (Lk 12,32) Mit diesem Bibelzitat spricht die Nahost-Sondersynode den Christen in der Region in ihrer Schlußbotschaft Mut zu. Entscheidend sei letztlich weniger die Zahl der Christen als vielmehr, „dass sie ihren Glauben leben und effektiv eine Botschaft übermitteln können“ (Patriarch Naguib). Die Christen in Nahost seien „einheimische Bürger“ und gehörten „vollkommen zum sozialen Gewebe und zur Identität ihrer Länder“.

Die Katholiken im Nahen Osten wollen künftig stärker untereinander zusammenarbeiten und denken auch über die Gründung einer postsynodalen Struktur nach, die in ihrer Region für die konkrete Umsetzung der Beschlüsse sorgt; sie fordern aber auch mehr Anerkennung vom Westen. Es sei geradezu beschämend, wie wenig man auch in der lateinischen Kirche vom orientalischen Christentum wisse, klagten viele Teilnehmer des vatikanischen Gipfeltreffens. Als bei den geheimen Abstimmungen über die konkreten Vorschläge deutlicher Widerstand gegen alles erkennbar wurde, was einen Machtzuwachs orientalischer Kirchen gegenüber Rom und der Kirche des lateinischen Ritus bedeuten würde, meinte ein Beobachter in der Synodenaula: „Dahinter steckt die römische Kurie – die werden das alles blockieren.“ Und er fügte nicht ohne Bitterkeit hinzu: „Eigentlich wäre es einfacher, wir würden uns von Rom abspalten und eigenständige Kirchen bilden: Dann würde man in Rom endlich auf uns hören und uns mit offenen Armen empfangen...“

Stefan v. Kempis